

Gegen die Regelungswut ^{NN}

Zeitarbeitsbranche wehrt sich gegen neue Schranken

NÜRNBERG – Zwei führende Zeitarbeitsunternehmen haben gefordert, der Gesetzgeber solle seine Regelungswut nicht an der Branche auslassen.

„Wozu zusätzliche Regeln einführen?“, fragte Andrea Dauch, Managerin bei Randstad (siehe Bericht oben) bei einer Diskussion im Nürnberger Presseclub. „Unser Tarifvertrag ist besser als viele andere. Und die Pläne sind es nicht wert, dass viele Beschäftigte ihren Job verlieren.“

Die Nürnberger Zeitarbeitsunternehmerin Ingrid Hofmann sieht das ähnlich. Wenn die Eckpunkte im Koalitionsvertrag von CDU und SPD im nächsten Jahr Gesetzeskraft gewinnen und damit ein Leiharbeiter höchstens 18 Monate beim Kunden im Einsatz sein darf, treffe dies vor allem die Beschäftigten. Die würden dann, obwohl bestens eingearbeitet, wieder nach Hause geschickt. „Das ist diskriminierend. Die angestrebte Übernahme wird auch in der Automobilindustrie nicht klappen“, meint die geschäftsführende Gesellschafterin der I.K. Hofmann Gruppe. Im Übrigen zweifelt sie an den Erhebungen

der Bundesagentur für Arbeit und ihres Instituts IAB, wonach 56 Prozent der Jobs kürzer als drei Monate sind. Bezogen auf ihr eigenes Unternehmen mit insgesamt knapp 22000 Mitarbeitern jedenfalls biete sich ein ganz anderes Bild: Bei einer Momentaufnahme habe sich jüngst ergeben, dass bei Hofmann Personal 4000 Beschäftigte länger als die genannten 18 Monate im Einsatz sind. Ingrid Hofmann widerspricht der Einschätzung der Gewerkschaften: „Es trifft ja keinen, so kann man das nicht sehen.“

Der offiziellen Statistik kann sie dennoch etwas Gutes abgewinnen. Je weniger Menschen die geplante Regelung treffe, desto weniger politischer Zündstoff stecke dahinter.

Angesprochen auf die schwarzen Schafe der Branche und die damit verbundenen Imageprobleme befindet Andrea Dauch von Randstad: „Mit dem Tarifvertrag ist es uns gelungen, die Akzeptanz zu verbessern.“ Letztlich, so Hofmann, handele es sich nur um wenige Fälle, bei denen etwa Firmen nicht nach Tarif bezahlten – jedoch mit einem unverhältnismäßig großen Medienecho. ANGELA GIESE